

## Die Provokation heißt Ulbricht

Hunderttausende demonstrierten am Tag der deutschen Einheit

Berlin (Eigenbericht/dpa/ap/upi). Auf vielen hundert Gedenkfeiern und Kundgebungen im Bundesgebiet und Westberlin aus Anlaß des 17. Juni sind die sowjetischen Berlin- und Deutschlanddrohungen als unannehmbar bezeichnet und scharf zurückgewiesen worden. Vor dem Schöneberger Rathaus demonstrierten etwa 100 000 Berliner aus beiden Teilen der Stadt gegen die Pläne Moskaus und für das Recht der Selbstbestimmung. Es war die bisher größte Kundgebung zum Tag der deutschen Einheit.

Unter einmütiger Zustimmung der 100 000 erklärte Bundesminister **L e m m e r**: „Niemand wird es einen Friedensvertrag mit zwei deutschen Regierungen geben. Hier gibt es nicht die geringste Möglichkeit zum Kompromiß.“ Den Landsleuten in Mitteldeutschland gelobte der Minister die Treue der Bewohner des freien Deutschlands. Besonders gedachte er der über hundert Märtyrer des Aufstandes von 1953, die heute noch hinter Kerkermauern auf die Freiheit warteten.

Der Regierende Bürgermeister **B r a n d t** stellte fest: „Es wird Schindluder getrieben mit dem Wort Friedensvertrag. Was die Regierung der Sowjetunion vorschlägt, ist kein Friedensvertrag, sondern ein Teilungsvertrag.“ Die Verbindung Berlins mit dem Rechtssystem und dem Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik sei unlösbar. Nicht die Berliner provozierten, sondern „die Provokation heißt Ulbricht, und eine Provokation ist es, uns für dumm verkaufen zu wollen“. Anschließend zogen Zehntausende in einem Fackelzug zum Mahnmal auf den Kreuzberg.

Im Bundeshaus in Bonn wies Bundeskanzler **A d e n a u e r** mit großem Ernst auf die Berliner Situation hin. Er könne nicht verstehen, betonte der

Kanzler, warum die Sowjetunion angesichts von drei Millionen Flüchtlingen an ihre Haltung in der Berlin- und Zonenfrage festhalte. Im Jahre 1945 hätte man noch die sowjetischen Bestrebungen nach einer Schutzzone verstehen können. Heute aber sei diese Politik unverständlich. Sowohl der Präsident

### Sowjet-Niederlage im Sport

Athen (Eigenmeldung). Auf der 58. Session des Internationalen Olympischen Komitees (IOK) in Athen wurde mit 35:7 Stimmen ein wichtiger Antrag der UdSSR abgelehnt. Die Sowjets wollten die Politisierung des IOK durch Verdreifachung der Mitgliederzahl von 67 auf etwa 225 Mitglieder durchsetzen, indem man den Weltverbänden gestattete, Delegierte in das IOK zu entsenden.

der USA als auch der deutsche Bundeskanzler hätten nachdrücklich versichert, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands der Sowjetunion keinen Anlaß zu Besorgnissen für ihre eigene Sicherheit biete.

Bundespräsident **L ü b k e** unterstrich in der Kieler Ostseehalle, daß die Freiheit Westberlins zum Prüfstein für die

Festigkeit des Westens geworden sei. An der hessisch-thüringischen Zonengrenze äußerte Außenminister von Brentano zur Frage von Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow, man könne jederzeit mit den deutschen Mitbürgern in der Zone über alles sprechen, „aber nicht mit diesen Burschen“. Der SPD-Vorsitzende **Ollenhauer** wies in Dortmund darauf hin, es gebe unter den deutschen Parteien keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die sowjetischen Vorschläge unannehmbar seien.

Besonders eindrucksvoll waren die Gedenkfeiern von Jugendorganisationen entlang der Zonengrenze. In Thüringen versuchte die Volkspolizei, die Kundgebungen mit Schlagermusik aus Lautsprechern zu stören.

Der amerikanische Außenminister **R u s k** hat in einem Telegramm zum „Tag der deutschen Einheit“ an Bundeskanzler **Adenauer** die Hoffnung ausgesprochen, daß der Tag der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit bald kommen wird.

### Gefälschte Rundschreiben

Berlin (Eigenmeldung). Die Berliner CDU hat sich am Montag von einem Rundschreiben distanziert, das hektographiert an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Westberlin, vornehmlich an Mitglieder der SPD, versandt worden ist. Es ist mit „Christlich - Demokratische Union, Landesverband Berlin“ unterzeichnet. Der Inhalt des Schreibens ist darauf abgestellt, die Berliner Koalition zu erschüttern. Die Urheber des Rundschreibens werden in Kreisen der SED-Führung vermutet.



## Unteilbar

Von Johann B. Gradl

Das Wiener Deutschlandmemorandum Chruschtschows macht die sowjetische Drohung mit einem separaten Friedensvertrag wieder aktuell. Dazu kann man gelegentlich die Meinung hören: ein Separatvertrag der Ostblockstaaten mit der Sowjetzone würde nicht so tragisch zu nehmen sein, wenn nur die Position Westberlins unversehr bleibt, das heißt, wenn die Anwesenheit der Westmächte in Westberlin, die Verbundenheit Westberlins mit der Bundesrepublik und die Freiheit der Verbindungswege zwischen Westberlin und Westdeutschland nicht angetastet werden. Diese Meinung ist falsch, abgesehen davon, daß die Sowjetunion, wie das Memorandum zeigt, an ihren Plänen gegen Westberlin festhält.

Ein Separatvertrag darf nicht nur aus dem Blickpunkt Westberlin betrachtet werden. Die Aufrechterhaltung der Freiheit Westberlins und seiner Verbindungen ist zwar eine fundamentale Bedingung deutscher und westlicher Politik. Aber ein Separatvertrag hat weiterreichende gesamtdeutsche Aspekte, die von profunder Bedeutung sind. Ein Separatvertrag ist der äußerste Versuch der sowjetischen Politik, Deutschland endgültig zu teilen, so lange endgültig, bis der globale Siegeszug, von dem die Kommunisten träumen, auch nach Westdeutschland geführt werden kann.

Mittels des Separatvertrags will sich die Sowjetregierung von allen Verpflichtungen und Verantwortungen einseitig lösen — faktisch und juristisch —, die sie 1944 und 1945 in bezug auf Deutschland als Ganzes verbindlich eingegangen ist. Der Anspruch auf Wiederherstellung der deutschen Einheit, den die Sowjetunion z. B. auf der Genfer Gipfelkonferenz 1955 noch ausdrücklich anerkannt hat, soll ins Leere gelenkt werden.

★

Die freie deutsche Politik muß sich mit aller Energie gegen einen Separatvertrag wenden und wehren. Anders würde sie ihrem immer wieder erklärten obersten Ziel untreu; der Wiedervereinigung.

Angesichts der Zuspitzung der sowjetischen Drohung muß dem Separatvertrag mit derselben Entschiedenheit, mit der die Sowjets selber ihr Ziel verfolgen, in vorbeugender Abwehr entgegengetreten werden. Es darf schon vor einer Realisierung der sowjetischen Absichten bei allen, die es angeht, kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bundesrepublik sich gegen einen Separatvertrag und seine Konsequenzen ebenso wehren wird, wie bisher gegen eine internationale Anerkennung des Zonenregimes. In einer solchen Notsituation ist es nicht nur das legitime Recht, sondern sogar die Pflicht eines Volkes und seiner Regierung, alle politischen, ökonomischen und propagandistischen Mittel zu nutzen, die zur Verfügung stehen.

Die Abwehr der sowjetischen Teilungspolitik und dabei insbesondere auch eines Separatvertrages wird in der kommenden Zeit hohe Ansprüche an die deutsche Politik stellen. Genauso wie in der Verteidigung der Position Berlin sind wir dabei auf das Verständnis und die Hilfe unserer Verbündeten angewiesen, deren eigenes Recht und Ansehen im Spiel sind. Ihnen gegenüber hat sich die Sowjetunion durch die Unterschriften seit 1944 unmittelbar gebunden. Und wir haben in dem grundlegenden Vertrag unseres westlichen Bündnisses, im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952/23. Oktober 1954, von den Westmächten die bindende Zusage, daß das „wesentliche Ziel der gemeinsamen Politik eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland und ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer freiheitlich-demokratischen Verfassung“ ist. Auch daraus ergibt sich zwangsläufig die Pflicht gemeinsamer entschiedener Abwehr der sowjetischen Teilungspolitik in jeder Form.

Zu einer vorbeugenden Abwehr gehört auch die Anprangerung des sowjetischen Planes in der Weltöffentlichkeit. Angesichts der Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltblöcken und angesichts der Bedeutung, die den weiten Bereichen zwischen den beiden Blöcken zukommt, kann der Sowjetregierung die Weltmeinung nicht gleichgültig sein. Und es kann ihr deshalb auch nicht gleichgültig sein, wenn der so-

wjetische Plan, dem deutschen Volk durch einen Separatvertrag die Teilung endgültig aufzuzwingen, als das gekennzeichnet wird, was er ist: nämlich als schwerstes Vergehen gegen fundamentale Grundsätze des Zusammenlebens der Völker, gegen die internationale Moral und gegen das Völkerrecht. Das muß und kann der Welt eingepreßt werden. Die Bundesregierung sollte deshalb auch in einer Art Weißbuch die Rechts- und Sachlage darstellen.

★

Wie tief ein Separatvertrag die elementaren Prinzipien der Völkergemeinschaft verletzt, zeigt bereits ein flüchtiger Blick in die Charta der Vereinten Nationen. Dort ist feierlich die „Gleichberechtigung der Nationen“, die „Achtung der Verpflichtungen, die auf Verträgen oder anderen Quellen des Völkerrechts beruhen“, und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet. Alles das hat auch die Sowjetregierung beschworen, mit einem Separatvertrag aber würde sie es auf das schwerste verletzen, ja zerstören.

Die Achtung vor Verträgen besteht gerade darin, daß sie auch dann gehalten werden, wenn sie einem nicht mehr genehm sind. Die Verträge der Jahre 1944 und 1945, die die Sowjetregierung unterschrieben hat, sind davon ausgegangen, daß der deutsche Staat bestehen bleibt. Entsprechend ist das Besatzungsstatut einheitlich für ganz Deutschland formuliert. Die Mächte, auch die Sowjetunion, haben sich im Potsdamer Abkommen und später ausdrücklich zur Behandlung Deutschlands als Einheit noch einmal bekannt. Die Sowjetregierung selbst hat darüber hinaus immer und immer wieder feierlich die Unvergänglichkeit des deutschen Volkes und des deutschen Staates versichert. All das soll mit einem Separatvertrag weggeschwemmt werden, als ob es nie existiert hätte und als ob es den Grundsatz der Vertragstreue nicht gäbe.

Die Sowjetunion hat kein Recht, alle jene Bindungen einseitig zu lösen, die sie in der Vergangenheit in bezug auf Deutschland als Ganzes eingegangen ist. Wenn sie es durch

(Fortsetzung auf Seite 3)



## „Niemals stimmen wir zu“

### Adenauer vor 300 000 Schlesiern zum Sowjet-Memorandum

Hannover (dpa). Rund 300 000 Schlesier bekannten sich in Hannover auf einer Kundgebung mit Bundeskanzler Adenauer zu ihrer alten Heimat. Diese Heimattreffen, sagte Adenauer, sollten das deutsche Volk immer wieder daran erinnern, daß zehn Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden und über zwei Millionen auf dem Wege nach dem Westen umkamen.

Zum Wiener Gespräch zwischen Kennedy und Chruschtschow erklärte der Bundeskanzler, daß es eindeutige Klarheit über die sowjetischen Absichten gebracht

habe. Die von Moskau jetzt veröffentlichten Schriftstücke zeigten, daß es den Sowjets allein darum gehe, die nach dem Kriege in Europa entstandene Lage zu fixieren. „Diesem russischen Ansinnen werden wir niemals zustimmen. Wir wollen Selbstbestimmung und Freiheit für das ganze deutsche Volk“, sagte Adenauer.

Am Vorabend hatte Berlins Regierender Bürgermeister Brandt auf einer Jugendkundgebung gefordert, daß es keine nationalpolitischen Entscheidungen hinter dem Rücken der Heimatvertriebenen geben dürfe.

## KP wühlt in Westberlin

### Infiltrationstätigkeit in letzter Zeit erheblich verstärkt

Berlin (Eigenmeldung). Die kommunistischen Infiltrationsversuche in Westberlin sind in den letzten Monaten erheblich verstärkt worden, wie Innenminister Lippschitz kürzlich bekanntgab. Die SED habe die Schwerpunkte ihrer Aktionen in die Betriebe, und zwar hauptsächlich in die des Metallgewerbes, Baugewerbes und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, verlegt. Sie versuche unter Täuschung der Belegschaft, linientreue Funktionäre in die Betriebsräte einzuschleusen, was ihr in einigen Fällen auch gelungen sei.

Außerdem betreibe die SED zur Zeit eine verstärkte Zersetzungstätigkeit unter dem Tarnmantel rechtsradikaler Organisationen. Lippschitz wies in diesem Zusammenhang auf den

sogenannten „Nationalen Reinigungsbund“ hin. Außerdem sei die SED bemüht, die Zahl ihrer Stützpunkte in Westberlin zu vergrößern und in den Besitz von geeigneten Versammlungs- und Büroräumen zu kommen, die zur Zeit in Westberlin häufig zu vermieten seien.

Nach wie vor, so erklärte Lippschitz abschließend, versuchten die Kommunisten, durch Schreiben mit gefälschten Briefstempeln, Briefköpfen und falschen Absenderangaben Unruhe zu stiften.

## Unteilbar

(Fortsetzung von Seite 2)

den Abschluß eines Separatvertrages tut, dann erschüttert sie damit selber ihre internationale Glaubwürdigkeit als Vertragspartner. Niemand hat mehr eine Garantie dagegen, daß die Sowjetregierung morgen in anderen Dingen ebenso rücksichtslos Macht vor Recht gehen läßt, wie heute in den deutschen.

★

Die Sowjetregierung selber ist offenbar nicht ohne Unbehagen. Sie versucht alles so darzustellen, als ob ihr das Festhalten an den früheren Vereinbarungen und Versicherungen nicht zugemutet werden kann. Aber sie verschweigt, daß alles, was sie

## Moskau droht Kairo

Kairo (upl). Chruschtschow hat die Vereinigte Arabische Republik darauf hingewiesen, sie werde durch ihre Angriffe auf die Sowjetunion in eine „kritische Lage“ geraten. Der Ministerpräsident drohte nicht mit der Einstellung der sowjetischen Wirtschaftshilfe, betonte jedoch, seine Warnung sei „ehrlich gemeint“ und solle Kairo davor bewahren, in die „Falle der Imperialisten“ zu stolpern. Die VAR sei noch ein Abgeschütztes der Kommunisten. Sie studiere noch den Buchstaben A. Der Kommunismus beginne aber erst mit dem Buchstaben B.

Der Sprecher des Kairoer Parlaments, Elsadate, sagte, daß die VAR nicht den Weltkommunismus bekämpfe, sondern das Bestreben örtlicher kommunistischer Funktionäre des Landes, die „nationale Revolution zu sabotieren“.

## „Asoziale“ verbannt

Moskau (dpa). Das Präsidium des Obersten Sowjets der russischen Föderation, der größten Republik der Sowjetunion, hat alle Volksgenossen ermächtigt, Arbeitsunwillige und „Asoziale“ für die Dauer von zwei bis fünf Jahren zu verbannen. Das Vermögen wird eingezogen. Auch alle Personen, für die Arbeit nur als Tarnung für einen „parasitären“ Lebenswandel dient, fallen darunter.

zur Begründung anführt, von ihr selber geschaffen oder ausgelöst worden ist. In ihrem Wiener Memorandum sucht sie den Separatvertrag dadurch als Ausweg zu legitimieren, daß sie andere Möglichkeiten vorschaltet, die sie aber sogleich durch Beharren auf der Zweistaaten-These zu Unrecht und zu Unmöglichkeit macht. Zu Unrecht, weil sie gerade das für das deutsche Volk ausschließt, was für jedes Volk das natürlichste und in der Charta der UNO so felerlich verbriefte Recht ist: das Recht auf Einheit als Nation und auf Selbstbestimmung. Von zwei deutschen Völkern zu sprechen, das hat selbst die Sowjetregierung noch nicht gewagt. Der Friede mit Deutschland ist aber genauso unteilbar wie das deutsche Volk.

## Abfuhr für Pankow

Kairo (dpa). Die Eröffnung des Sowjetzonen-Konsulates in Damaskus bedeute weder eine De-jure- noch eine De-facto-Anerkennung der Sowjetzone. Diese Erklärung wurde im amtlichen Kairoer Mitteilungsblatt der Vereinigten Arabischen Republik veröffentlicht. Nach Auffassung maßgeblicher Kreise in Kairo, die diese Erklärung mit Genugtuung aufgenommen haben, ist mit der amtlichen Veröffentlichung die monatelange Kontroverse zwischen Bonn und Kairo beigelegt.



## Durch die Hintertür

DT. Das Jahr 1960 sei das Jahr Afrikas gewesen, die kommenden Jahre würden die Jahre Lateinamerikas sein. Nach dieser gravierenden Feststellung eines Professors der ostzonalen Akademie der Wissenschaften ist kürzlich in Ostberlin eine „Deutsch - Lateinamerikanische Gesellschaft“ gegründet worden. Laut Gründungsstatut soll sie die freundschaftlichen Beziehungen mit den Ländern Lateinamerikas erweitern und vertiefen, die nicht mehr der „Hinterhof der USA“ sein wollten.

Zum Hinterhof gelangt man nach Pankower Praktiken am besten durch die Hintertür. Zunächst einmal, um Propaganda im Sinne der kommunistischen Weltrevolution zu treiben und früher oder später vielleicht die eigene staatliche Anerkennung einzuhandeln. Dabei hat es schon manche Rückschläge gegeben, die meisten in Afrika. Verheißt jedoch nicht Castros geglückerter Staatsstreich eine neue und bessere Zukunft in Lateinamerika? Erste Ansätze zeigten sich mit Brasilien, als kürzlich ein Sonderbotschafter des Präsidenten Quadros in Ostberlin aufkreuzte und ein Handelsabkommen unterzeichnete. Es scheint nach den jüngsten Erklärungen des brasilianischen

Außenministers festzustehen, daß damit weder eine Anerkennung des Zonenstaates beabsichtigt war noch eine solche geplant ist.

Pankow hat jedoch ein dickes Fell. Es wird weiter seine Politik durch die Hintertür betreiben. Mit riesigem Propagandaaufwand versucht es, die Bundesrepublik im Ausland zu dif-

famieren. Feinlich wird es nur, wenn man — wie jetzt auf Ostberliner Gründungsversammlung — mit der Behauptung operiert, Bonn trete das Selbstbestimmungsrecht der lateinamerikanischen Völker mit Füßen. Vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen schweigen Ulbrichts Funktionäre — sie fürchten es.

## Albanien klagt die Sowjets an

### Wirtschaftlicher und militärischer Druck statt Weizen

London (dpa). Der albanische Parteichef Hodscha hat in ungewöhnlich scharfer Form die Partei- und Staatsführung der Sowjetunion angegriffen und sie des wirtschaftlichen Drucks, der militärischen Drohung und der politischen Agentenarbeit in Albanien beschuldigt. Hodscha hielt diese Rede, wie erst jetzt in London bekannt wurde, im November 1960 auf dem Moskauer Kongreß der Kommunistischen Partei.

Nach diesen Berichten soll Hodscha die Sowjets beschuldigt haben, eine drohende Hungersnot in Albanien zu dem Versuch benutzt zu haben, sich das Land zu unterwerfen. „Die sowjetischen Ratten konnten fressen, während das albanische

Volk Hungers starb“, erklärte Hodscha. Ferner habe Moskau verlangt, daß Albanien sich ideologisch von China trenne, und mit dem Ausschluß aus dem Warschauer Pakt gedroht.

Die Ursache des sowjetisch-albanischen Zerwürfnisses ist darin zu suchen, daß die albanische KP seit langem die Parteilinie der chinesischen Kommunisten unterstützt. Nach unbestätigten Meldungen haben die Sowjets kürzlich den albanischen Militärattaché aus Moskau ausgewiesen und ihren eigenen Militärattaché aus rana abberufen. Londoner politische Kreise schließen daraus, daß die Sowjets Albanien als strategischen Vorposten praktisch abgeschrieben haben.

## Brasilien lenkt ein

### „Bundesregierung einzige rechtmäßige deutsche Regierung“

W. Bonn (Eigenbericht). Es besteht gute Aussicht, daß die Spannungen, die zwischen der Bundesrepublik und Brasilien entstanden waren, in kurzer Zeit ausgeräumt werden. Mit Genugtuung hat die Bundesregierung die Erklärung des brasilianischen Außenministers Arinos zur Kenntnis genommen, daß Brasilien nach wie vor die Bundesregierung als die einzige rechtmäßige Regierung Deutschlands anerkennt. An der Haltung Brasiliens waren Zweifel aufgetaucht, nachdem sich ein Sonderbotschafter in Ostberlin aufgehalten und dort ein offizielles Protokoll unterzeichnet hatte.

● Der brasilianische Außenminister hat nun vor dem Parlament seines Landes versichert, daß dieses Dokument nichts enthalte, was die Beziehungen zur Bundesrepublik beeinträchtigen könnte. Bei der Unterzeichnung handle es sich nicht um einen

völkerrechtlichen Akt, mit dem eine Anerkennung der „DDR“ verbunden wäre. Nach diesen Erklärungen wird in Bonn erwartet, daß Botschafter Dr. Dittmann in aller Kürze in einem Gespräch mit Staatspräsident Quadros oder seinem Außenminister die Sache beilegen kann.

## Panne bei der Ost-CDU

Berlin (Eigenmeldung). Seit voriger Woche ist der Name des Chefredakteurs Alwin Schaper aus dem Impressum des Organs der Ost-CDU, „Neue Zeit“, verschwunden. Der Verlag hat keinen Wechsel des Chefredakteurs angezeigt, sondern lediglich einen Vertreter benannt. Vor einigen Wochen hatte „Der Tagesspiegel“ auf Leitartikel Schapers in der Nazizeit verwiesen, in denen die Verfolgung der Juden begrüßt und ihre Vernichtung gefordert worden war.

## Lübke eröffnet Funkausstellung

Berlin (dpa). Bundespräsident Lübke wird die Deutsche Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Ausstellung 1961, die vom 25. August bis 3. September zum ersten Male nach Kriegsende wieder in Berlin stattfindet, voraussichtlich als Schirmherr selbst eröffnen.

## Wissenschaftler geehrt

Bonn (dpa). Der Orden pour le mérite für Wissenschaften und Künste hat in der diesjährigen Sitzung seines Kapitels in Bonn den Physiker Prof. Dr. von Weizsäcker (Hamburg) als Nachfolger für den verstorbenen Physiker Max von Laue und den Historiker Prof. Dr. Rothfels (Tübingen) als Nachfolger für den verstorbenen Literaturwissenschaftler Ernst Beutler als Mitglieder des Ordens gewählt.



# Neue Köpfe für den Bundestag

Prominente aus Wissenschaft und Industrie stellen sich erstmals den Wählern

W. Bonn (Eigenbericht). Erschöpft von vierjähriger Gesetzesarbeit, wird der Bundestag bald in Urlaub gehen, aus dem es keine Rückkehr gibt. Der dritte Bundestag, wird man dann sagen, ist tot; es lebe der vierte Bundestag, der am 17. September gewählt wird. Aber wenn sich dann im Oktober das neue Parlament im Plenarsaal des Bundeshauses versammelt, werden viele Bekannte sich wiederbegegnen, und nur hier und da wird man eine Lücke bemerken und bedauernd oder befriedigt feststellen: „Sieh an, den Kollegen B. hat es erwischt!“ Der Bundestag mag sterben; die meisten seiner Abgeordneten werden immer, wenigstens solange die politischen Verhältnisse so stabil bleiben wie bisher, glückliche Überlebende bleiben.

## Auf der Suche

Während in diesen Wochen die politischen Parteiorganisationen ihre Kandidaten für die Wahl aufstellen, halten die Parteizentralen in Bonn Umschau, welche neuen Talente ihren Einzug ins Bundeshaus ankündigen. Es ist bisher keine reiche Ernte. In den weitaus meisten Fällen werden die Abgeordneten, die in den Wahlkreisen gewählt worden waren, auch wieder als Kandidaten aufgestellt; selten wird einer von einem aufstrebenden jungen Mann verdrängt oder ein anderer ausgebootet, der sich vielleicht im Laufe der vier Jahre zu selten hat blicken lassen.

Die Politiker, die zum erstenmal in den Bundestag zu kommen hoffen, müssen sich in der Regel einen Wahlkreis suchen, der durch den Tod eines Abgeordneten „verwaist“ ist. Da hat schon mancher Norddeutsche plötzlich seine Liebe zum Rheinland entdeckt, und geborene Berliner fanden zur eigenen Überraschung, daß die bayerischen Laute ihrer Vorväter noch fast müheles über ihre Lippen kamen. Freilich reifen auch hier nicht alle Blütensträuße. Nicht nur bei der Wahl, sondern auch schon bei der Kandidatenaufstellung sind der Bewerber mehr als der Plätze in den

Wahlkreisen und auf den begehrten Landeslisten. Selbst ein Mann wie der Präsident der Europäischen Kommission, Prof. Walter Hallstein, erlebte die Enttäuschung, daß die örtlichen CDU-Organisationen sich nicht um die Ehre raufen, ihn als ihren Kandidaten aufzustellen, und der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Staatssekretär Felix von Eckardt, mußte seine Hoffnungen sowohl in Hamburg als auch danach in niederrheinischen Gefilden begraben.

## Überraschend Dr. Güde

Immerhin wird es einige neue Köpfe im Bundestag geben. Besonders aktiv war diesmal die Industrie. Für die FDP wird in Hessen einer der führenden Männer der deutschen Chemie, Dr. Menne (Hoechst), kandidieren.

Bedeutenden Zuwachs wird im nächsten Bundestag auch die wichtige Zunft der Juristen erhalten. Da ist der ehemalige rheinland-pfälzische Minister Dr. Süsterhenn, einer der Väter des Grundgesetzes und bekannt als streitbarer Verfechter des Föderalismus. Zum erstenmal will er sich in den Bundestag wählen lassen, ein Wahlkreis ist ihm schon sicher, und es soll nicht der schlechteste sein. In Karlsruhe will sich für die CDU recht überraschend Generalbundesanwalt Dr. Güde zur Wahl stellen, vermutlich nicht in der Absicht, fortan sein Dasein als einfacher Abgeordneter zu fristen.

Auch die Wissenschaft zeigt wachsendes Interesse für den Bundestag. In Baden-Württemberg sind es gleich zwei bekannte Gelehrte, die ihre Kandidatur angemeldet haben: Prof. Hahn, evangelischer Theologe und zur Zeit Rektor der Heidelberger Universität, wird auf der Landesliste der CDU stehen, während der ehemalige Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts, Prof. Böhringer, für die FDP in einem südlichen Wahlkreis Württembergs fechten wird. Auf der anderen Seite wird der Hamburger Physiker Prof. Pascual Jordan, der in den letzten vier Jahren mit seinem

mächtigen Schädel voller Formeln oft in den Gängen des Bundeshauses zu sehen war, voraussichtlich im nächsten Bundestag fehlen.

## Wer ist der jüngste?

Die Liste der aussichtsreichen Berufspolitiker, die neu in den Bundestag kommen werden, wird von Willy Brandt angeführt, von dem man immer noch nicht weiß, ob er im Falle einer Wahlniederlage als Oppositionsführer im Parlament bleiben oder als Regierender Bürgermeister nach Berlin zurückkehren wird. Außerdem soll der bayerische Landesvorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, für den Bundestag kandidieren. Einer seiner Kollegen bei der CDU, der Hamburger Landesvorsitzende Erik Blumenfeld, will gleichfalls diesmal den Übergang in die Bundespolitik riskieren, während Ministerpräsident von Hassel (Schleswig-Holstein) und Innenminister Dr. Diefhues (Nordrhein-Westfalen) bisher der Anziehungskraft Bonns zu widerstehen scheinen.

Doch das letzte Wort hat immer noch der Wähler. Ihm bleibt es auch überlassen, zu bestimmen, wer als jüngster Abgeordneter in den Bundestag einzieht: der 26jährige Ansbacher Handballspieler Konrad Porzner (SPD) oder der 28jährige Tirschenreuther Diözesankollegs-Sekretär Franz Weigelt (CSU).

## Krone: Paris ist fest

W. Bonn (Eigenmeldung). Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Krone, ist durch seinen Besuch in Paris sozusagen über Nacht für eine breitere Öffentlichkeit in die Führungsgarnitur der deutschen Politik aufgerückt, der er freilich in Wirklichkeit schon seit langem angehört.

In den Besprechungen, die Krone nach der Rückkehr aus Paris mit dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler geführt hat, unterstrich er besonders die klare und feste Haltung de Gaulles, Debrés und der übrigen französischen Politiker in der Berlin-Frage.



## Zuchthaus für Agentin Rosalie

### Zerstörerpläne und Radaranlagen an Ostberlin verraten

Karlsruhe (ap). Der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes verurteilte die 31jährige ehemalige Sekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Rosalie Kunze, wegen Landesverrats, landesverräterischer Beziehungen, Geheimnisbruchs und passiver Bestechung zu 4 Jahren Zuchthaus.

In der Urteilsbegründung sagte Senatspräsident Jagusch, der Senat habe sich wieder einmal mit einem Verfahren aus der Kette der Bonner Sekretärinnen-Fälle befassen müssen. Er bescheinigte der Angeklagten ein erhebliches Maß an Leichtsinne, mangelnde Widerstandskraft und Mangel an festen moralischen Prinzipien. Durch ihr Treiben sei der Bundesrepublik großer Schaden entstanden.

Auch im Kunze-Fall gehe der Anfang der Spionagetätigkeit auf die Leipziger Messe zurück, meinte Jagusch. Diese Messe sei nicht nur eine Warenumschlagstelle, sondern zugleich ein Agententreffpunkt des Ostens allerersten Ranges.

Die Agentin hatte sich nach ihrer „Flucht“ aus der Sowjetzone in das Verteidigungsministerium einschleusen lassen, nachdem sie sich bereits 1954 dem sowjetzonalen Staatssicher-

heitsdienst verpflichtet hatte. Sie wurde schließlich als Sekretärin im Führungsstab der Bundesmarine eingestellt. Bis 1960 verriet sie unter anderem Pläne über die ersten deutschen Zerstörerneubauten und deren Ausrüstung, Vorhaben der Radaranlage sowie Unterlagen über die Ausrüstung.

## Selbstbestimmung für Ostberlin

### London gegen jede einseitige Lösung

London/Washington (ap/dpa). Dem Grundsatz der westlichen Politik, daß auch die Ostberliner Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung haben muß, hat der stellvertretende britische Außenminister Heath in der Fragestunde des Unterhauses hervorgehoben. Der Minister verwies auf den alliierten Deutschland-Plan von 1959 und versicherte nachdrücklich, daß Großbritannien jede einseitige Lösung des Berlin-Problems ablehnen werde. Die Westmächte hätten in Berlin ihre Rechte, von denen die Freiheit der Westberliner abhängt, der außenpolitische Sprecher der Labour-Opposition, Healy, er-

Die deutsche Abwehr wurde schließlich auf sie aufmerksam als man im Taschenkalender eines sowjetzonalen Agenten ihre Anschrift verzeichnet fand. Die Abwehr stellte ihr eine Falle, in die sie dann prompt hineinlief. Sie wurde bei einem Marinemanöver einem Admiral als Sekretärin zugeteilt. Mit den stenographischen Aufzeichnungen über diese Übung wurde sie dann am 23. Oktober vergangenen Jahres verhaftet.

klärte dazu, in dieser Frage stehe die Labour Party hinter der Regierung.

Die Beantwortung von Fragen nach etwaigen Initiativen zum Berlin-Problem lehnte der stellvertretende Außenminister ab. Zu Presseberichten über militärische Pläne für den Fall einer Berlin-Krise sagte Heath, selbstverständlich hätten die Westmächte über alle militärischen Eventualfälle beraten. Diese Pläne müßten aber notwendigerweise geheim bleiben.

### Spezial-Team in USA

Nach einer Meldung der „New York Herald Tribune“ hat Präsident Kennedy ein Spezial-Team mit der Überwachung der Berlin-Entwicklung beauftragt. Die Leitung dieser „Wacht-über-Berlin-Mannschaft“ wird wahrscheinlich der frühere Außenminister Acheson übernehmen.

In Washington deutete NATO-Generalsekretär Stikker die Möglichkeit einer Berlin-Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO für den Fall an, daß Chruschtschow und Ulbricht weiterhin willkürlich eine Atmosphäre der Spannung schaffen.

### Betriebsräte entlassen

Bottrop (dpa). Die bundeseigene Bergwerksgesellschaft Hibernia hat den Betriebsratsvorsitzenden der Schachtanlage Rheinbaben in Bottrop, Kreienhorst, und das Betriebsratsmitglied Sadowski fristlos entlassen. Als Grund wurden die Tumulte in der Betriebsräte-Vollkonferenz der Hibernia am 14. Juni und „andere Vorfälle der letzten Zeit“ angegeben.

## 321 Mill. DM für Österreich

### Für Flüchtlinge und NS-Opfer-Abkommen unterzeichnet

Bad Kreuznach (upi). Die Bundesrepublik zahlt an Österreich einen Finanzausgleich in Höhe von 321 Mill. DM. Zu diesem Ergebnis führten die Verhandlungen zwischen Bundesaußenminister von Brentano und seinem österreichischen Kollegen Kreisky in Bad Kreuznach. Mit diesem Abkommen sind alle aus der Kriegs- und Nachkriegszeit zwischen Österreich und Deutschland schwebenden offenen Fragen geregelt worden.

Wie aus dem nach Abschluß der eintägigen Verhandlungen veröffentlichten Communiqué hervorgeht, verteilen sich die deutschen Aufwendungen wie folgt: 125 Millionen für die Vertriebenen, 95 Millionen für die politisch und rassisch Verfolgten, zu denen noch sechs

Millionen DM für die Sammelstellen zur Erfassung der durch den Nationalsozialismus entstandenen Schäden hinzukommen und 95 Millionen als Entschädigung für die vor dem Krieg nach Deutschland geflohenen Sozialversicherungen.

Die Verhandlungspartner betonten am Schluß der Gespräche, die Verhandlungen hätten in freundschaftlicher Atmosphäre stattgefunden. Vom österreichischen Standpunkt, so erklärten Außenminister Kreisky und Finanzminister Klaus, bestehe besonderer Anlaß zur Befriedigung, da Zehntausende Österreicher in Österreich, in der Bundesrepublik Deutschland und im übrigen Ausland nunmehr eine Erfüllung berechtigter Wünsche und Forderungen erwarten könnten.



# Ihr werdet auch noch Kommunisten

Chruschtschow vor einer Delegation Nassers — Kairo antwortet dem Kreml

v. V. Kairo (Eigenbericht). „Eines Tages wird euer Volk euch sagen: ‚Macht, daß ihr fortkommt! Wir wollen uns selbst regieren!‘ — Natürlich wollen wir nicht arabische Nationalisten in Kommunisten verwandeln, wenigstens noch nicht heute. Aber ich glaube, daß einige unter euch, die ihr hier anwesend seid, in der Zukunft Kommunisten werden.“ Mit diesen freundlichen Worten hieß Chruschtschow eine arabische Parlamentsdelegation in Moskau willkommen, die seiner Einladung zu einem Freundschaftsbesuch“ nach der Sowjetunion gefolgt war.

Dem Präsidenten des arabischen Parlaments, Anwar Sadate, verschlug es derart die Rede, daß er sich darauf beschränkte, dem russischen Parteichef zu erwidern, sie, die Araber, respektierten jede Ideologie, die in Freiheit von einem Volk erwählt würde. Eine einhellige Antwort auf Chruschtschows Angriffe, wieso die Araber dazu kämen, den Kommunismus abzulehnen, der doch die ideale Lebensform darstelle, schickte Sadate vorsichtigerweise später schriftlich aus Kairo. Er war gescheit genug, einzusehen, daß er einer dialektischen Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Ideologen nicht gewachsen war.

In ihrer Antwort stellt die VAR — natürlich ist sie von der arabischen Regierung an höchster Stelle ausgearbeitet worden — den arabischen Nationalismus als eine historische Volksbewegung hin, deren Ideologie dem arabischen Volk besser entspräche als der westliche Kapitalismus oder der östliche Kommunismus.

Die Auseinandersetzung als solche ist nicht von so großer Bedeutung — über die Eignung der arabischen Völker zum Kommunismus wird, wie Herr Chruschtschow ganz richtig sagt, die Zukunft entscheiden. Von Bedeutung ist, daß das Haupt des internationalen Kommunismus den Augenblick für gekommen erachtet, dem arabischen Freund, der bisher in der internationalen Politik durch dick und dünn zur

Sowjetunion hielt, solche unliebsamen Eröffnungen zu machen.

## Mit seltener Schärfe

Nasser hat, wie nicht anders zu erwarten war, mit seltener Schärfe, mit der ganzen Wucht seines stark ausgebauten Propagandaapparates dem Kreml geantwortet. Den Zeitpunkt für seine Entgegnung konnte er sich nicht besser wähle. Tagt doch seit wenigen Tagen in Kairo eine Vorkonferenz neutraler Staaten, die für den

1. September ein spektakuläres Treffen aller neutralen Staatschefs in Jugoslawien beschlossen hat.

Nassers klare Ablehnung gegenüber jeder kommunistischen Einmischung in seine Staatsführung hat natürlich bei den in Kairo jetzt versammelten neutralen Vertretern den denkbar besten Eindruck hinterlassen und wird auch auf gewisse andere afrikanische Staaten die anziehende Wirkung nicht verfehlen.

## Mit dem Irak gegen Moskau

Beirut (dpa). Zum ersten Male machen Bagdad und Kairo gemeinsam Front gegen Angriffe, die Radio Moskau und die sowjetische Presse gegen den Irak und die Vereinigte Arabische Republik gerichtet haben. Irakische und syrische Berufsorganisationen protestierten in Telegrammen an Chruschtschow, den Obersten Sowjet und das Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die „Prawda“, gegen die „Einmischung in innere Angelegenheiten“ beider arabischen Länder. Sie weisen damit die Kritik an der Behandlung von Kommunisten im Irak und der VAR zurück.

Die Kommunisten in der VAR werden seit Ende 1958 scharf unterdrückt. Im Irak werden selbst mit dem Kommunismus

Sympathisierende, die einflußreiche Stellen innehatten, in zunehmendem Maße ausgeschaltet, und Militärgouverneur Abdi löst eine „demokratische Organisation“ nach der anderen auf, bei der auch nur der Verdacht besteht, daß sie kommunistischen Einflüssen unterliegt.

Neutrale Beobachter überschätzen die gegenwärtige Krise in den Beziehungen zwischen Moskau und Kairo keineswegs. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch Kairo, im Frühjahr 1959 eine antikommunistische Front zu schaffen, hatte die Moskauer Kritik gleichfalls eine sehr scharfe Reaktion in der VAR ausgelöst. Doch wurde die Mißstimmung schnell wieder ausgeräumt.

## Ärzte von der SED umworben

Nur noch 40 Prozent dürfen ambulant tätig sein

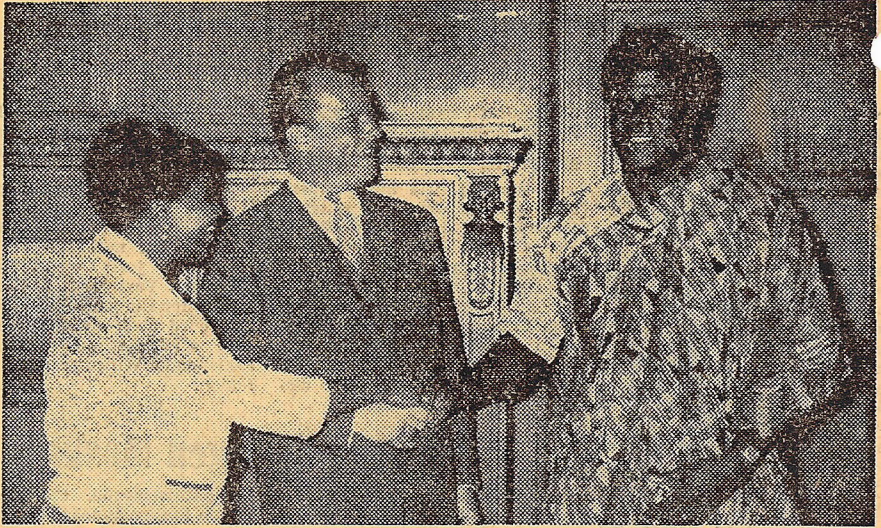
Berlin (ap). Die SED will die Ärzte in der Sowjetzone künftig von der Zudringlichkeit der Parteifunktionäre verschonen, um sie in Mittelddeutschland zu halten. In einer Direktive der SED heißt es, die Partei werde „Gängeleien und herzloses Verhalten gegenüber den Ärzten“ nicht mehr dulden.

Wie das Informationsbüro West (IWE) weiter mitteilte, gibt es nach einem Referat des Leiters der Abteilung Gesundheitswesen beim Zentralkomitee der SED, Dr. Hering, in der

Sowjetzone auf medizinischem Gebiet durch den Ärztemangel „weiße Flecken auf der Karte der ambulanten Versorgung, lange Wartezeiten der Patienten, mangelnde Hausbesuchstätigkeit und die völlige Überlastung der ambulant tätigen Ärzte“. Nur 40 Prozent der Ärzte in der Sowjetzone sind ambulant tätig.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2





**BILDER DER WOCHE.** Oben: Der Sportpräsident von Ghana, Ohene Djan, wollte mit der Leiterin des Frauensportes, Beatrice Kankam, in Berlin, wo sie vom Regierenden Bürgermeister empfangen wurden — Unten: Bundespräsident Lübke mit Trägern des Ordens pour le mérite für Wissenschaften. Neben ihm Professor Lise Meitner.

